



Pressemitteilung

11. September 2018

Seite 1 von 1

Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Tel. +49 30 18 681- 11022
- 11023
- 11089

presse@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Verantwortlich:
Eleonore Petermann

Redaktion:
Annegret Korff
Dr. Harald Neymanns
Sören Schmidt

Bundesinnenministerium legt politischen Schwerpunkt auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland

Staatssekretär Dr. Kerber: „Ungleichheiten zwischen den Regionen unseres Landes soweit wie möglich zu verringern, ist ein Gebot der Vernunft, der politischen Verantwortung und eine nachhaltige Investition in die Zukunft.“

Regionen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind, müssen als Wohn- und Arbeitsort weiter attraktiv bleiben oder werden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass eine ortsnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Mobilitätsangebote so zusammengeführt werden, dass sich die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft in diesen Regionen spürbar verbessern.

Staatssekretär Dr. Markus Kerber wies in seiner Eröffnungsrede auf einer Expertentagung im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) darauf hin, dass Menschen ihre Lebenssituation und die Funktionstüchtigkeit des politischen Systems insbesondere danach bewerten, was sie in ihrer unmittelbaren Umgebung erleben. Gleichwertige Lebensverhältnisse seien daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der sozialen und politischen Stabilität des gesamten Landes. „Es handelt sich hier um eine komplexe Querschnittsaufgabe, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nur gemeinsam lösen können. Es geht um Gesundheit und Pflege, Infrastruktur, Bildung und Kultur, Breitband- und Mobilfunkausbau, Digitalisierung, Unternehmens- und Behördenansiedlungen, Mobilität und vieles anderes. Das Bundesinnenministerium“, so Kerber weiter, „arbeitet als Heimatministerium daran, dass diese Aufgaben enger als bisher zusammengedacht und zusammengeführt werden, denn nur so werden wir dieser nationalen Aufgabe gerecht werden können“.

In den vergangenen zwei Jahren haben 18 besonders betroffene Modellregionen auf Landkreisebene hierzu Lösungsansätze für eine bessere Verknüpfung von Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Mobilität erarbeitet, die auf der heutigen Abschlussveranstaltung vorgestellt wurden. Das Modellvorhaben wurde bisher vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert und wird nun vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat weitergeführt.